

Der naive Rettungsplan der „Euro-Freunde“

Von Nando Sommerfeldt, Holger Zschäpitz | Veröffentlicht am 20.09.2016 | Lesedauer: 5 Minuten

Prominente Ökonomen und Politiker haben ein Manifest zur Rettung des Kontinents und seiner Währung verfasst. Sie fordern mehr Macht für die EU. Doch damit spielen sie den Populisten in die Hände.

Die Freunde Europas machen sich Sorgen um den Kontinent. Der Brexit, der Vormarsch der Populisten und die nächste drohende Euro-Krise versetzen sie in Alarmstimmung. Zumal die zaghafte Rettungsversuche der Politik – wie zuletzt auf dem Gipfel in Bratislava erlebt – offenbaren, dass die Regierenden keine Lösung für all die Probleme parat haben.

Eine Lösung des EU-Dilemmas aber fordert jetzt eine prominente Gruppe aus Ökonomen und renommierten ehemaligen Europapolitikern. Sie präsentiert eine Art Euro-Manifest, einen Drei-Stufen-Plan zur Rettung des Kontinents und seiner Gemeinschaftswährung.

Das Wort der Verfasser hat durchaus Gewicht. Zu ihnen gehört beispielsweise Enrico Letta, Italiens ehemaliger Regierungschef. Aber auch Jörg Asmussen, einstiger Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, gehört zum Kreis der Experten. Genauso wie Pascal Lamy, der ehemalige Generaldirektor der Welthandelsorganisation WTO.

Sie wollen die Politik wachrütteln und gleichzeitig die Last von der Europäischen Zentralbank (EZB) nehmen, die derzeit über Nullzinsen und milliardenschwere Liquiditätsspritzen alleiniger Garant für die Gemeinschaftswährung ist.

Euro-Rettung in drei Schritten

„Eine Reform des Euro mag für die Politik momentan unpopulär erscheinen, aber sie ist entscheidend. Das Handeln von Draghis EZB hat den Euro gerettet, aber jetzt müssen die Regierungen ihre Arbeit tun“, heißt es in dem Aufruf. „Der Euro ist verwundbar und braucht dringend Reformen, sonst wird er die nächste Krise nicht überleben. Wir wissen nicht, ob die nächste Krise in sechs Wochen, sechs Monaten oder sechs Jahren auftreten wird. Aber wir müssen jetzt handeln.“

In drei Schritten soll die Rettung gelingen.

Zuerst müssten die Erste-Hilfe-Maßnahmen ausgebaut werden, heißt es in dem Papier. So soll die angeschlagene Euro-Zone robuster gegen Schocks von außen und innen gemacht werden. Bereits bestehende Instrumente, wie etwa der Europäische Stabilitätsfonds (ESM) oder die Bankenunion, sollen größer und flexibler gestaltet und ausgestattet werden – um Gefahren möglicherweise präventiv abwehren zu können. Über ein Notfallbudget von 200 Milliarden Euro würden im Zweifelsfall Staatsanleihen aufgekauft werden.

Im zweiten Schritt sollen die auseinanderdriftenden Ökonomen wieder auf einen einheitlichen Kurs gebracht werden. Hier schwebt den Euro-Rettern eine Peitsche-und-Zuckerbrot-Methode vor. Die Problemstaaten sollen unverzüglich umfassende Strukturreformen durchführen. Im Gegenzug werden sie mit schnellen milliardenschweren Investitionen belohnt.

Dann sei Europa bereit für den dritten, den finalen Schritt. Die Retter selbst nennen ihn den „föderalen Moment“. Und hier kommt ihre entscheidende Botschaft. Die Nationalstaaten müssten endlich Souveränitätsrechte abgeben und mehr Raum für mehr Europa schaffen. Entstehen würde eine Währungsunion, „die auf weitgehender Risikoteilung und Souveränitätsteilung basiert“, geführt von einer demokratisch legitimierten Wirtschaftsregierung.

Das Euro-Manifest kommt zu einer kritischen Zeit

Der ESM würde zu einer Art europäischen Währungsfonds. Ein Euro-Finanzminister unter parlamentarischer Kontrolle würde die politische Verantwortung über Hilfsprogramme übernehmen. Es gebe einen Euro-Haushalt und eine gemeinsame Einlagensicherung. In diesem Stadium sei dann die Krisenbekämpfung abgeschlossen und würde durch einen soliden langfristigen Rahmen ersetzt, der allen EU-Bürgern wirtschaftliche Stabilität und demokratische Strukturen bieten soll. Erst für diese Vollendung der Währungsunion müssten die EU-Verträge geändert werden.

Draghi fordert Strukturreformen in der Euro-Zone

Alle Länder des Euro-Raums brauchen Strukturreformen. Nur so können die geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank auch ihre volle Wirkung entfalten. Das sagt EZB-Präsident Mario Draghi.

Der Vorstoß der vermeintlichen Retter kommt zu einer kritischen Zeit. In den fünf größten Euro-Ländern stehen in den kommenden Monaten wichtige Wahlen oder Volksabstimmungen an. In Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und wahrscheinlich auch Spanien werden die Regierungschefs beziehungsweise der Präsident neu gewählt. In Italien steht ein Referendum über die Verfassungsreform bis Dezember auf der Agenda. In den meisten Ländern ist die Vorstellung von mehr Europa, und genau dafür steht im Kern das Euro-Manifest, nicht besonders populär. Dass die Absender klassische Euro-Eliten sind, die ihre Versprechen von Wachstum und inklusivem Wohlstand nicht eingelöst haben, dürfte der Skepsis vieler Kritiker noch mehr Vorschub leisten.

Immerhin können die Verfasser für sich in Anspruch nehmen, einen Baumangel der Euro-Zone beseitigen zu wollen. Nüchtern betrachtet, existieren eigentlich nur zwei stabile Verfassungszustände: Entweder besitzen die Euro-Mitgliedsländer einzelstaatliche Freiheiten. Dann müssen sie auch die Verantwortung für ihr Tun übernehmen, im Fall der Währungsunion also auch pleitegehen können. Oder aber Entscheidungen und Verantwortung werden vergemeinschaftet. Sprich: Europa würde bei den nationalen Haushaltsbudgets genauso das letzte Wort haben wie bei der Lohnfindung oder der Wettbewerbspolitik.

Zentralisierung allein ist kein Allheilmittel

Jeder Privatmann trifft in seinem Leben eigenständige Entscheidungen, deren Konsequenzen er nicht einfach dem Nachbarn aufbürden kann. Doch genauso funktioniert die EU – mit bescheidenem Ergebnis. Allein die EZB mit ihrem Kaufprogramm hält das instabile Gebilde aufrecht. Eine stärkere Vertiefung oder Integration, der die Expertengruppe das Wort reden, könnte den derzeitigen Konstruktionsmangel beheben.

Dass Zentralisierung allein kein Allheilmittel ist, zeigt sich beim darbenden Nachbarn Frankreich. Die Wirtschaft sklerotisch, die Wettbewerbsfähigkeit schwindend, bei minimaler

Bereitschaft zu Reformen. Eine solche Entwicklung würde die EU nicht vom Abgrund wegführen – im Gegenteil. Außerdem sind nur die wenigsten Staaten wirklich bereit, Kompetenzen auf Brüssel zu übertragen.

Das wissen auch die Autoren der Studie und plädieren zunächst für einen „zwischenstaatlichen Ansatz.“ Doch der dürfte insbesondere in Deutschland auf wenig Gegenliebe stoßen. Vor allem der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble hat eine Vorstellung in Europa etabliert. Aus Angst, voreilige Hilfe werde die Reformbereitschaft der Länder erlahmen lassen, gibt es Hilfe nur im Gegenzug für Anstrengungen.

Zwar wollen auch die Autoren Investitionsgelder nur bei Reformen fließen lassen. Das aufgestockte Erste-Hilfe-Paket könnte viele Regierungen verleiten, schmerzhafte Umbauten ihrer Volkswirtschaften aufzuschieben. Zumal die vorgesehenen 200 Milliarden Euro kaum reichen dürften, um die Finanzmärkte im Krisenfall wirklich zu beruhigen.